

Frauenbeitrag

Prekäre Lebenslage wohnungsloser Frauen

In einem Impulspapier „Wohnen Sie noch oder suchen Sie schon?“ hat der SoVD auf die prekäre Wohnungsmarktsituation aufmerksam gemacht. Waren im Jahr 2016 noch 860 000 Menschen ohne Wohnung, so liegt die Prognose für 2018 bei 1,2 Millionen Wohnungslosen. Mindestens 25 Prozent der obdach- und wohnungslosen Menschen sind Frauen, so die BAG Wohnungslosenhilfe.

Die Lebenslagen wohnungsloser Frauen sind geprägt von Stress, Angst, Armut, Gewalt und Ausgrenzung. In Gesprächen mit Expertinnen und Experten, die sich mit der Existenzsicherung wohnungsloser Frauen beschäftigen, weisen diese darauf hin, dass die Frauen in ihrer Kindheit häufig physische und/oder psychische Gewalt erfahren haben.

Wohnungslose Mütter leiden oft besonders darunter, dass sie ihre Kinder nicht bei sich haben können. Denn für obdachlose Mütter und deren Familien gibt es kaum spezifische Unterbringungsmöglichkeiten. Die Expertinnen sprechen deshalb von „verlorenen Kindern“. Betroffene Frauen schämen sich häufig ihrer Lebenslage und versuchen, diese nach außen zu verbergen. Weil die meisten Tagesaufenthaltsstätten noch ausschließlich für Männer konzipiert sind, meiden viele Frauen zudem diese Stätten.

Wir Frauen im SoVD fordern eine individuelle Zuwendung, um wohnungslose Frauen zu begleiten, zu ermutigen und ihre Ressourcen wiederzubeleben. Notwendig sind aus unserer Sicht auch die Beratung von Frauen für Frauen sowie niedrigschwellige Hilfsangebote. Eine aufsuchende Sozialarbeit sollte verbunden sein mit einem Zeitangebot, das den Bedürfnissen der Frauen entspricht. Darüber hinaus müssen Tagesaufenthaltsstätten so gestaltet sein, dass – geschlechtersensibel – Frauen und Männer dort auch mit ihren Familien willkommen sind. Kinder müssen bei ihren Müttern bleiben können, außerdem ist eine Akzeptanz der Lebensentwürfe der Frauen wichtig. Altersarmut und Frauenarmut sind mitverantwortlich für die steigende Wohnungslosigkeit. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) ist ein Instrument der Politik, das deshalb auch vom SoVD kritisch begleitet wird.

Verbände warnen – SoVD schreibt offenen Brief

Pflegende Rentner nicht schlechterstellen

Mehrere Wohlfahrtsverbände und die Gewerkschaft ver.di haben vor einer Schlechterstellung pflegender Rentner gewarnt. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) plane eine Gesetzesänderung, die zu einer finanziellen Benachteiligung der Betroffenen führe. Der SoVD schrieb einen offenen Brief an Spahn und fordert, von derartigen Plänen Abstand zu nehmen.

Der Hintergrund: Die Pflegekasse zahlt für Versicherte, die Angehörige pflegen, Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. Für Rentnerinnen und Rentner gilt dies aber nur dann, wenn sie eine Teilrente beziehen. Mit der Einführung der Flexirente wurde 2017 die Möglichkeit ausgeweitet, mit einem Wechsel von einer Voll- in eine Teilrente auch im Rentenalter noch zusätzliche Rentenanwartschaften zu erhalten. Diese sind nach dem Pflegeaufwand gestaffelt und reichen bis zum Beitrag von Durchschnittsverdienenden. Im Ergebnis können so unzureichende Renten auch im Rentenalter noch aufgebessert werden.

Aus mündlich geäußerten Ankündigungen Spahns geht hervor, dass er diese für Rentnerinnen und Rentner positive Regelung zurücknehmen will.



Susanne Langhagel
Mitglied im
Bundesfrauenausschuss

Frauen-Bündnis gegen Altersarmut fordert Rentenniveau von 50 Prozent

Brief an die Rentenkommission

Ein von neun großen Verbänden gegründetes „Frauen-Bündnis gegen Altersarmut“ hat sich für eine Rentenpolitik ausgesprochen, „die den Arbeits- und Lebenssituationen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht wird“.

In einem offenen Brief werden die Mitglieder der von der Bundesregierung eingesetzten Rentenkommission aufgefordert, sich für eine Stärkung der gesetzlichen Rente und einen besseren Zugang von Frauen zur betrieblichen Altersvorsorge einzusetzen. Das Rentenniveau müsse „auf mindestens 50 Prozent“ angehoben werden.

Das Bündnis fordert die Rentenkommission auf, den sozi-

alen Ausgleich für Fürsorgeleistungen zu beachten. „Die Betreuung von Kindern und Angehörigen darf nicht zu Renteneinbußen führen“, sagt SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack. Neben einer steuerfinanzierten, gleichen Mütterrente für alle müssten auch die Zeiten der Pflege von Angehörigen wesentlich verbessert werden.

Dem Bündnis gehören die

Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros, der Deutsche Frauenrat, der Deutsche LandFrauenverband, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Katholische Deutsche Frauenbund, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, der Verband berufstätiger Mütter, der Sozialverband Deutschland (SoVD) sowie die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) an.

Krankenkassenstudie zeigt Bezug zwischen Krankheiten und Bildungsarmut

Gesundheit gehört auf Lehrpläne

Die Kinder gebildeter Eltern sind häufig gesünder als Kinder, die in bildungsfernen Haushalten aufwachsen. Das belegt das Ergebnis einer neuen Studie der Krankenkasse DAK, die erneut einen Zusammenhang zwischen Bildung und Gesundheit herstellt. Insbesondere Erkrankungen wie Fettleibigkeit und Karies hängen demnach vor allem vom Bildungsstatus der Eltern ab.

Der Kinder- und Jugendreport der DAK-Gesundheit ergab, dass in Familien mit einem niedrigeren Bildungsstatus der Eltern Mädchen und Jungen bis zu dreimal häufiger von Erkrankungen wie Karies oder Übergewicht betroffen sind als Kinder aus Akademikerhaushalten. Kinder von Eltern ohne jeglichen Ausbildungsabschluss sind – laut der Untersuchung von Wissenschaftlern der Universität Bielefeld – im Alter zwischen fünf und neun Jahren bis zu zweieinhalbmal häufiger von Fettleibigkeit betroffen. Bei Zahnkaries gibt es demnach 2,8-mal so viele Fälle wie in Elternhäusern mit hohem Bildungsniveau. Auch bei Entwicklungsstörungen wie Sprachproblemen und Sprechbeeinträchtigung seien Kinder von Eltern ohne Abschluss zu 45 Prozent häufiger betroffen.

Die Wissenschaftler führen dies darauf zurück, dass an Bildung arme und auch materiell arme Eltern oft kein so ausgeprägtes Gesundheitsbewusstsein hätten, weil in diesen Familien häufig andere Probleme noch vorrangiger seien.

Da man Kinder direkter erreichen könne als ihre Eltern, brauche es Konzepte von der Kita an, plädieren Studienautoren. Gesundheit gehöre außerdem auf den Lehrplan von Schulen. Wichtig sei da-

bei, dass die Vermittlung des Themas zugeschnitten sei auf die nun identifizierten Risikogruppen.

Aus den Ergebnissen der Studie wird zudem die Forderung abgeleitet, sehr süße Lebensmittel durch eine Zuckersteuer zu verteuern. Darüber hinaus müsse die Kennzeichnung auf Verpackungen vereinfacht werden, damit Verbraucherinnen und Verbraucher leichter erkennen könnten, dass hinter einem Begriff wie Fruktose letztlich Zucker stecke.

Neben Übergewicht und Karies verdeutlichten die Ergebnisse auch, daß die Betroffenen auch in höherem Maße anfällig für andere Krankheiten und Infekte sind.

Die große Langzeitstudie KiGGS des Robert Koch-Instituts (RKI) war erst im Frühjahr zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen. Sie stellte fest, dass vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Elternhäusern gesundheitlich benachteiligt seien: Sie seien oft dicker, bewegten sich weniger, rauchten häufiger und hätten mehr psychische Probleme. Die Wissenschaftler begründeten das auch mit fehlenden Teilhabe-Chancen.

Auch wenn das Einkommen der Eltern bei der DAK-Studie ebenfalls eine Rolle spielte, kommen die Wissenschaftler hierbei zu dem Schluss, dass sich Kindergesundheit mehr mit Bildungspolitik fördern lasse als mit Maßnahmen, die ausschließlich auf höhere Einkommen abzielen.

Im Gegensatz zu anderen Studien zum Thema, die häufig Selbsteinschätzungen von Eltern als empirische Grundlage verwenden, wurden für den DAK-Report auch die Abrechnungsdaten aus dem Jahr 2016 von knapp 590 000 Kindern und Jugendlichen neben rund 430 000 Eltern, die bei der DAK versichert sind, untersucht.

Die DAK plant weitere Kinder- und Jugendreports, um daran Trends abzulesen zu können.



Foto: Boyarkina Marina / fotolia

Kinder gebildeter Eltern sind laut einer Studie im Schnitt gesünder und haben weniger Karies.